

(Abgeordneter Dr. Hähnel.)

(A) schlechte Konjunktur anhielte, wäre es möglich, nicht die volle Summe auszugeben.

Dann möchte ich auf den Prozentsatz der Vermehrung zukommen. Wenn von zwei Gleichbeteiligten in einer Gemeinschaft der eine eigentlich 100 zu leisten hat und der andere auch 100, der eine aber — ich will es etwas drastisch darstellen — nicht imstande ist, 100 zu leisten, sondern nur 50 leistet und der andere infolgedessen 150, damit die Sache in der Gemeinschaft vorwärtsgeht, so bekommt der andere ja die Zinsen, das will ich auch nicht ableugnen; ich möchte nur erörtert wissen, nach welchen Grundsätzen die Vermehrung vor sich geht. Tritt beispielsweise eine Vermehrung um 7 Prozent ein, wie es das letztmal gewesen ist: werden da von dem auch nur 7 Prozent verlangt, der vorher anstatt 100 nur 50, 7 Prozent aber auch von dem, der 150 anstatt 100 gestellt hatte? Ich glaube nicht, daß es ganz so schlimm ist. Aber es ist mir aus den dargelegten Gründen sehr wahrscheinlich, daß unserm reichlichen Bestande an Betriebsmitteln bei der weiteren prozentuellen Beschaffung nicht so Rechnung getragen wird, als es in unserem Interesse liegt und zur Minderung des Anschaffungskapitals erwünscht erscheint. Das wird jedenfalls nur einer einfachen Klarstellung bedürfen.

(B) Was den außerordentlichen Etat sonst anlangt, so hat einer meiner anderen Herren Kollegen die näheren Ausführungen zu den Einzelheiten übernommen. Ich darf mich daher auf diesen allgemeinen Teil beschränken, hebe aber hervor, daß wir selbstverständlich auch das Hinauffchnellen des außerordentlichen Etats auf $72\frac{1}{2}$ Millionen gegen $46\frac{1}{2}$ Millionen im Voretat außerordentlich auffallend, ich möchte beinahe sagen, bedenklich halten. Ich erinnere mich, daß der Herr Finanzminister damals schon das Hinauffchnellen auf $46\frac{1}{2}$ Millionen für bedenklich bezeichnete. Jetzt haben wir es zu tun mit $72\frac{1}{2}$ Millionen, dabei sind — das ist auch von dem Herrn Finanzminister erwähnt worden — Summen vorhanden, wie die 7 Millionen für den Ankauf von Kohlenfeldern, die glattweg in absehbarer Zeit eine Verzinsung nicht bringen oder wenigstens eine ganz minimale. Ich möchte darauf nochmals hingewiesen haben.

Wenn ich nicht auf Einzelheiten, namentlich bezüglich des Bahnbaues, jetzt eingehe, so will ich damit nicht sagen, daß ich nach dieser Richtung hin nicht auch sehnliche Wünsche für die eine oder andere Linie hätte. Ich lasse sie aber bei der heutigen Verhandlung zurücktreten, wie ich überhaupt grundsätzlich zurücktreten lasse, was mit der Tagesordnung heute nicht in unmittelbarem Zusammenhange steht.

Nur eins habe ich noch übersehen besonders hervorzuheben: wenn wir uns wehren, daß unsere direkten Steuern eventuell, wenn auch nur teilweise, vom Reiche beansprucht werden, so müssen wir unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen, wo ohnehin die Sparsamkeit obwalten muß, auch gegen eine Minderung unserer Steuern eintreten, die einträte, wenn wir z. B. auf den Antrag Castan zukämen, den ich nur beiläufig erwähne, weil der Herr Antragsteller ihn noch nicht begründet hat. Ich meine aber, daß man auch, was diese Minderung anlangt, vorsichtig sein muß.

(Sehr richtig!)

Erstens würde sie ohne gesetzliche Änderung nicht möglich sein, würde nach den Erklärungen, die wir früher erhalten haben, auch nicht möglich sein ohne eine Änderung des Wahlgesetzes. Wenn etwas so fraglich ist, ist es, glaube ich, richtiger, wenn man, der Tendenz des Antrages folgend, auf andere Weise, auf dem Wege der Auslegung der jetzigen gesetzlichen Bestimmungen, der Ausführungsverordnung, der Instruktionen usw., auf eine Ermäßigung hinwirkt.

Meine Herren! Wenn ich damit am Ende meiner Ausführungen angelangt bin, so möchte ich mit dem Wunsche schließen, daß es in Verhandlungen mit der Königlichen Staatsregierung gelingen möge, auch dort zu einer erwünschten Erledigung für den Staat und für alle Beteiligten zu kommen in den Punkten, wo wir mit der Königlichen Staatsregierung nicht übereinstimmen. Wir stimmen mit ihr darin überein, daß man sich zu gewissen dauernden Ausgaben nicht etwa entschließen sollte, weil zufällig eine günstige Konjunktur herrscht, aber auf der anderen Seite ist es meine Pflicht gewesen, hervorzuheben, daß man, wenn man einmal etwas für notwendig hält — dazu gehört auch die Förderung des Verkehrs —, wenn auch vielleicht seitens der Königlichen Staatsregierung und ebenso unsererseits nicht leichten Herzens, doch an die Erledigung dieser notwendigen, wenn auch schwierigen Fragen herantritt. Ich wünsche im Einverständnis mit meinen Parteifreunden auch nach dieser Richtung hin eine ersprießliche und gute Lösung der Sache.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hettner.

Abgeordneter Hettner: Meine Herren! Dem von dem Herrn Abgeordneten Dr. Hähnel gestellten Antrage schließe ich mich an.

Die heutige Beratung beschäftigt sich mit dem Rechenschaftsberichte und mit dem Haushaltsvor-